

Motion

0696 Masshardt, Langenthal (SP-JUSO)

Weitere Unterschriften: 34

Eingereicht am: 29.11.2006

Politische Bildung in der Grundausbildung der Lehrkräfte

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Pädagogische Hochschule in der Leistungsvereinbarung zu verpflichten, die politische Bildung (inkl. zeitgemässen, inhaltlichen und didaktischen Informationen) als festen Bestandteil der Grund- und Weiterbildung zu verankern.

Begründung:

Im November 2000 forderte die damalige Grossrätin Evi Allemann einen rechtzeitigen und aktuellen Unterricht in Staatskunde und aktualitätsbezogener Geschichte. Im November 1998 fragte die ehemalige Grossrätin Ursula Wyss in einer Interpellation nach den Verbesserungsmöglichkeiten des Staatskundeunterrichts. Die Antworten des Regierungsrates liessen zu wünschen übrig. Die Motion Allemann wurde als erfüllt abgeschrieben. „Wie bereits in der Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation Wyss – Verbesserung des Staatskundeunterrichts ausgeführt wurde, ist die politische Bildung im Lehrplan für die deutschsprachigen Volksschulen von 1995 gut verankert.“ Die Verankerung existiert auf dem Papier, doch wie wirkt sich diese in der Praxis aus? Die ersten Ergebnisse der Studie „Geschichte und Politik im Unterricht“ der Pädagogischen Hochschulen Bern, Zürich, Nordwestschweiz und der Universität Zürich zeigen, dass die Praxis weniger günstig aussieht.

Die Schule wird ihrer Aufgabe nicht gerecht, erfolgreich Kenntnisse über politische Prozesse und Zusammenhänge zu vermitteln. Am Ende der Schulzeit fehlt den Jugendlichen das politische Basiswissen. Zu den Gründen gehöre, laut Daniel V. Moser, Berner Co-Autor und Fachdidaktiker an der Pädagogischen Hochschule Bern, die Tatsache, dass den Lehrpersonen nur trockene Staatskunde-Lehrmittel zur Verfügung stünden. In der Grundausbildung der Lehrkräfte würden zudem zu wenig inhaltliche und didaktische Informationen zur politischen Bildung vermittelt. Die Geschichtslehrkräfte müssten lernen, Politik anhand von konkreten Beispielen zu vermitteln. Statt die Jugendlichen büffeln zu lassen, was genau ein Postulat ist, sollte die Schule ihnen anhand konkreter Beispiele den politischen Prozess veranschaulichen. Die fast ausschliessliche Institutionslehre, wie sie meist betrieben wird, ist nicht ausreichend. So ist im Schlussbericht von Prof. Dr. Fritz Oser und Dr. Roland Reichenbach zum Mandat „Politische Bildung in der Schweiz“ zuhanden der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (1999) festgehalten, dass den „rechtlich-institutionellen Aspekten der Demokratie im Unterschied zu prozedural-ethischen des demokratischen Zusammenlebens insgesamt mehr Beachtung geschenkt wird.“ Weiter steht auch, dass die „Randständigkeit“ des Faches durch die thematische Aufladung auf Lehrplanebene kaum korrigiert werden kann. Das Fazit dieses Schlussberichtes fiel

dementsprechend ernüchternd aus: „Verschiedene Indizien deuten an, dass die Situation der politischen Bildung / staatsbürgerlichen Erziehung an den Schweizer Schulen insgesamt nicht befriedigen kann.“ Problematisch sei, dass bis zur 7. Klasse explizierter und intendierter politischer Unterricht abwesend sei.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, welche grosse Verantwortung die Lehrkräfte tragen. Bei der Ausübung und Vorbereitung müssen sie daher gezielt unterstützt werden. Es scheint, dass die „Politische Bildung“ zwar im Lehrplan verankert ist, dass jedoch bei der Umsetzung ein grosses Verbesserungspotential besteht. Deshalb ist es wichtig, dass in der Grundausbildung der Lehrkräfte die „Politische Bildung“ inklusive zeitgemässen, inhaltlichen und didaktischen Informationen Pflicht ist. Zudem sollte auch in der Weiterbildung die „Politische Bildung“ verankert sein.

„Politische Bildung ist kein Amalgam aus Geschichte, Religion, Sozialkunde, Geographie und moralischer Erziehung, sondern Ausdruck einer eigenständigen Lebensform, die wir die demokratische nennen.“ (In: Schlussbericht „Politische Bildung in der Schweiz“, Prof. Dr. F. Oser und Dr. R. Reichenbach)

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat stimmt dem Anliegen zu, dass die politische Bildung fester Bestandteil der Grundausbildung und der Weiterbildung der Lehrkräfte sein soll. Die Ansprüche der Motionärin an die politische Bildung (zeitgemässe inhaltliche und didaktische Informationen) gelten grundsätzlich für alle Studienbereiche der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen.

Wirkungsziel Nr. 7 der Ziele und Vorgaben des Regierungsrates vom 31. August 2005 für die Pädagogische Hochschule Bern ab 2005 legt fest: „Die Lehrpersonen sind durch Aus- und Weiterbildung sowie Nutzung der Angebote im Bereich Bildungsmedien in der Lage, den durch Gesetz und Lehrpläne formulierten Erziehungs- und Bildungsauftrag auf ihrer Zielstufe zu erfüllen.“ In Bezug auf die politische Bildung an der Volksschule wird die Pädagogische Hochschule (PH) Bern damit verpflichtet, die Aus- und Weiterbildung unter anderem auf folgende Leitidee des Lehrplans von 1995 auszurichten: „Die Schule trägt zur Bildung von Menschen bei, die bereit sind, Aufgaben in Gemeinschaft und Gesellschaft zu übernehmen. Der schulische und ausserschulische Alltag der Schülerinnen und Schüler bietet zahlreiche Möglichkeiten, die Teilnahme am öffentlichen Leben in überschaubaren Räumen einzuüben. Mitbestimmung und Mitverantwortung sollen konkret erlebt werden. Die Bereitschaft, sich auch ausserhalb der Schule und nach der Schulzeit für die Lösung von gemeinsamen Aufgaben einzusetzen, wird gestärkt. Die Schule bezieht deshalb die Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung des Schullebens ein.“

Der staatsbürgerliche Unterricht hat sich im Laufe der Zeit erheblich verändert. Die früher im Staatskundeunterricht vorwiegend betriebene Institutionenkunde hat einer allgemeinen politischen Bildung Platz gemacht. Heute wird eine integrierte Betrachtungsweise vorgezogen. Bei Themen aus Natur, Kultur und Gesellschaft werden auch politische Aspekte behandelt.

Die politische Bildung ist in den Grundausbildungen und in der Weiterbildung der PH Bern wie folgt verankert:

Grundausbildung für die Vorschulstufe und Primarstufe

Im Rahmen der Fachstudien und der Fachdidaktik Natur – Mensch – Mitwelt (NMM) lernen die Studierenden politische Bildung als einen Aspekt des NMM-Unterrichts kennen. Sie erfahren, dass Unterrichtsthemen auch aus dem politisch-gesellschaftlichen Blickwinkel betrachtet werden müssen, und sie erhalten dafür das didaktische Rüstzeug zur

Umsetzung. Als inhaltliche Vertiefung in die Bereiche „Demokratie kennen“, „Demokratie erfahren“ und „Demokratie üben“ können die Studierenden ein Wahlmodul belegen.

Grundausbildung für die Sekundarstufe I

Die Ausbildung in politischer Bildung ist Teil der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Fach Geschichte. Es wird versucht, in den Lehrveranstaltungen (auch zu allgemeinesgeschichtlichen Themen) den Bezug zur Schweiz und zur Schweizergeschichte zu machen und Hintergründe des politischen Systems der Schweiz aufzudecken. Spezifisch wird politische Bildung in der fachdidaktischen Ausbildung des Fachs Geschichte angesprochen.

Zurzeit ist im Rahmen einer Studienreform des Fachs Geschichte geplant, eine neue Lehrveranstaltung zum Thema „Politische Bildung: Institutionen – Prozesse – Inhalte“ einzuführen.

Grundausbildung für die Sekundarstufe II

Die fachwissenschaftliche Ausbildung erfolgt an der Universität Bern. Insbesondere Studierende, die im Nebenfach Politikwissenschaft oder Staatsrecht studiert haben, bringen das notwendige Rüstzeug für die politische Bildung mit. An der PH Bern werden politische Themen in der Fachdidaktik Geschichte besprochen; in den lehrplanorientierten Fachstudien umfassen politische Themen etwa ein Viertel des gesamten Angebots.

Weiterbildung

In den letzten zehn Jahren wurden zahlreiche Lehrveranstaltungen zu politischen Themen durchgeführt (z. B. Referatsreihen zur politischen Bildung, Kurse zu staatskundlichen Themen im NMM-Unterricht). Insgesamt ist das Interesse der Lehrerschaft an Weiterbildungsveranstaltungen zur politischen Bildung eher gering. Die Lehrerinnen und Lehrer orientieren sich offensichtlich mehr an Lehrmitteln und Umsetzungshilfen; die Erziehungsdirektion hat deshalb zum Lehrplan eine Umsetzungshilfe zur politischen Bildung in Auftrag gegeben, die in diesem Jahr erscheinen wird.

Die PH Bern erbringt im Bereich der politischen Bildung bereits erhebliche Leistungen. Es ist zu klären, ob die Anstrengungen noch verstärkt werden können. Die Erziehungsdirektion wird im Gespräch mit der PH Bern auf dieses Thema eingehen und prüfen, ob eine spezifische Verankerung in den Zielen und Vorgaben des Regierungsrates bzw. in der Leistungsvereinbarung sinnvoll und notwendig ist.

Antrag: Annahme als Postulat.

An den Grossen Rat